

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-62284](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-62284)

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Wöchentlich erscheinen zwei Nummern in 1/4 Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VI. Jahrgang.

Dienstag, den 12. Juni 1849.

N^o 47.

Aus der deutschen National-Versammlung.

Sie gestatten mir wohl in den Spalten Ihres Blattes den nöthigen Raum für einige Mittheilungen über die jüngsten Vorgänge in der National-Versammlung und namentlich über das Benehmen der rechten Seite des Hauses und eines Theils der Centren seit dem 18. Mai.

Nachdem die preussischen Abgeordneten am 16. Mai gegen ihre Abberufung durch die Regierung protestirt hatten, erklärend, sie würden der National-Versammlung so lange angehören, als sie sich im Stande sähen, mit Erfolg für die Durchführung des Verfassungswerks mit gesetzlichen Mitteln zu wirken, glaubten schon am 17. bis 21. Mai nahe an 80 derselben den Zeitpunkt gekommen, wo ihnen dieses nicht mehr möglich sei. Sie traten also aus und was waren die Gründe, welche sie für ihren Austritt anführten? Die Renitenz der vier deutschen Könige, ihr gegenüber die Bewegung in der Pfalz und in Baden, die Beschlüsse der National-Versammlung seit dem 10. Mai und endlich daß die letztere in ihrer gegenwärtigen Lage und Zusammensetzung, wobei ganze Landschaften nicht mehr vertreten seien, dem deutschen Volke keine erspriechlichen Dienste weiter leisten könne. Die Seichtigkeit dieser Gründe leuchtet auf den ersten Blick ein. Um das Verfassungswerk durchzuführen, galt es ja eben die Renitenz der Könige zu beseitigen! Bezog sich nicht gerade hierauf die am 4. Mai beschlossene Aufforderung des gesammten deutschen Volks, die Verfassung zur Anerkennung und Geltung zu bringen? ein Beschluß, zu welchem die Austretenden, wie sie in ihrer Erklärung auch zugaben, selbst mitgewirkt hatten. Die Bewegung in der Pfalz und in Baden war aber nur die Consequenz dieses Beschlusses, denn auch in Baden war die Reichsverfassung keineswegs ohne Hinterhalt anerkannt, da Vereidung des Militärs und der Beamten auf dieselbe beanstandet, und

überdies konnte auch das badische Volk in Gemäßheit des Beschlusses vom 4. Mai mit vollem Rechte von seiner Regierung die Unterstützung der deutschen Erhebung in der Pfalz verlangen. Auch die Beschlüsse seit dem 10. Mai waren nichts als eine weitere Ausführung jenes vom 4. Mai, denn sie bezweckten „neben der Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit“ die Instruktion der auf die Durchführung der Reichsverfassung gerichteten Bestrebungen des deutschen Volks und in Folge dessen die Abwehr der preussischen Intervention in Sachsen, so wie die Absendung von Reichs-Commissären nach Franken, um die dort im Entstehen begriffene Bewegung zu Gunsten der Reichsverfassung „in der Bahn der Gesetzmäßigkeit zu erhalten“, wie es in den Motiven des betreffenden Beschlusses ausdrücklich heißt. Zudem war es offenbar ein Anachronismus, Beschlüsse vom 10. und 12. Mai als Grund des Austritts anzuführen, während die Austretenden noch am 16. in ihrem Proteste gegen die Abberufung erklärt hatten, mit der National-Versammlung noch ferner gehen zu wollen. Der letzte Grund endlich, daß die National-Versammlung das deutsche Volk nicht hinreichend mehr verrete und nicht weiter in der Lage sei, um demselben noch Dienste leisten zu können, ist wo möglich der jämmerlichste von allen. Die Zusammensetzung der Versammlung war auch ganz dieselbe, wie zu der Zeit, als die Erbkaiserlichen die Rebellion gegen Baiern und Consorten predigten, die sich den Erbkaiser nicht gefallen lassen wollten. Die nämlichen Landschaften, welche damals vertreten waren, waren es auch noch jetzt, diejenigen, welche damals wie jetzt keine Vertretung mehr hatten, waren österreichische. In diesem Mangel hatten aber die Erbkaiserlichen nicht entfernt eine Abhaltung gefunden, Beschlüsse zu fassen, so lange die Annahme der Kaiserkrone noch eine Aussicht hatte. Wie oft hatten sie nicht vielmehr

gradezu den Oesterreichern den Stuhl vor die Thür gesetzt und ihnen gesagt: macht daß ihr fortkommt und hindert die übrigen Deutschen nicht an der Errichtung des Kaiserreichs. Und jetzt, nachdem jene Aussicht geschwunden, da ist für dieselben Leute mit einem Male der Abzug der Oesterreicher das Hinderniß einer weiteren Thätigkeit der National-Versammlung! Wahrlich, so elende Scheingründe lassen mit Gewißheit annehmen, daß der eigentliche Grund des Austritts, trotz der Protestation, kein anderer war, als die Abberufung selbst. Zudem sie sich gegen diese verwahren und ihr doch nach wenigen Tagen folgten, hofften die feinen Herren zugleich dem Volke und ihrer Regierung gegenüber gerechtfertigt zu erscheinen und nach beiden Seiten hin möglich zu bleiben. Ob aber die Nation eine solche Rechtfertigung gelten lassen wird? Ich denke, das richtige Gefühl wird ihr schon sagen, daß jene Handlungsweise nichts war als ein Verrath.

Von den auf der Rechten und in den Centren Zurückgebliebenen, werunter immer noch mehrere Preußen sich befanden, larnerten Viele ebenfalls nur auf eine Gelegenheit zum Austritt, während, was noch schändlicher war, Mehrere beabsichtigten, grade durch ihr Bleiben die Auflösung der Versammlung herbeizuführen. Von ihrem Austritte nämlich durften sie sich diese Wirkung nicht versprechen, denn ward dadurch auch die Versammlung momentan beschlußunfähig, so stand doch zu befürchten, daß durch den Eintritt ihrer Stellvertreter oder durch Neugewählte die Versammlung wieder hinreichenden Erfas erbielt. Blieben sie aber Mitglieder, so hofften sie durch jedesmaliges Weggehen aus der Sitzung die Versammlung, so oft es ihnen beliebte, beschlußunfähig machen zu können. Auf diese Weise beherrschten sie ihrer Minderheit ungeachtet die Linke und zwangen diese endlich durch Ueberdruß zum Austritt oder zur Einwilligung in die Vertagung der Versammlung auf längere Zeit, was in der Wirklichkeit der Auflösung gleich kam.

Um dieser perfiden Tactik wo möglich zu begegnen und die Gütigkeit der Versammlung zu sichern, hatte die Linke natürlich nichts Eiligeres zu thun, als die Herabsetzung der beschlußfähigen Zahl von 150 auf 100 zu beantragen. Bei der Abstimmung über diesen Antrag am 21. Mai wendeten die Gegner ihr Manöver an. Sie entfernten sich und brachten es dadurch richtig dahin, daß nur 140 anwesend waren, mithin ein Beschluß nicht gefaßt werden konnte. Die Abstimmung mußte nun in der folgenden Sitzung (am 24.) wiederholt werden. Die Rechte rechnete natürlich wieder auf Beschlußunfähigkeit. Allein diesmal kam die Sache doch anders.

Denn dadurch, daß sich die Linke inzwischen durch die Zurückberufung beurlaubter Freunde verstärkt hatte und daß ein Mitglied der Rechten (ein oldenburgischer Abgeordneter) den Vorstellungen eines Freundes Gehör gebend, blieb und mitstimmte, kam die Zahl der Stimmen gerade auf 150, von welcher eine Majorität von 115 den Antrag zum Beschluß erhob.

Jetzt blieb der Rechten nur noch der Austritt übrig. Sie brachen dazu die Gelegenheit offenbar vom Zaune. Als nämlich ein vom Dichter Uhland entworfener, sehr mächtig gehaltener Aufruf an das deutsche Volk ohne den von Welcker und Genossen beantragten Zusatz, welcher lautete:

„Grundbedingung für den Sieg der Ehre, der Einheit und Freiheit des Vaterlandes ist die Treue gegen die Reichsverfassung, somit das Unterlassen und Aufgeben aller Maßregeln, welche ihr widersprechen; Grundbedingung ist nicht minder die Treue gegen das Vaterland selbst und seine Ehre, somit die entschiedene Zurückweisung jeder Einmischung der Fremden in die inneren vaterländischen Zwiste, komme solche Einmischung von Osten oder von Westen“, angenommen ward, so erklärten sie ihren Austritt, den sie dadurch motivirten, daß die Majorität durch die Verwerfung des Welckerschen Amendements gezeigt habe, wie sie ein anderes Ziel habe, als die aufrichtige Durchführung der Reichsverfassung und zur Erreichung dieses Ziels selbst die Hülfen des Auslandes nicht verschmähen werde. Mit Indignation wies M. Mohl im Namen der ganzen Versammlung eine solche Verdächtigung zurück, deren Ungerechtigkeit auf der Hand lag. Mit keinem Worte hatte der Uhlandsche Entwurf der Bewegungen in Baden, in der Pfalz und in Sachsen erwähnt, und noch vielweniger das Maßlose derselben gebilligt, vielmehr heißt es darin ausdrücklich: „Wir fordern zu keinem Friedensbruche auf, wir wollen nicht den Bürgerkrieg schüren“ u. s. w. Wozu also noch der erste Theil des Welckerschen Zusatzes? wenn die Rechte nicht damit die geheime Absicht verband, die Erhebung in der Pfalz und in Baden zu ächten, was man doch bei Gott nicht durfte, so lange man nicht durch die unwiderleglichsten Beweise überzeugt war, daß sie nicht die Durchführung der Reichsverfassung, sondern andere verwerfliche Zwecke beabsichtigte, ein Vorwurf, dessen Grundlosigkeit sogar die Reichs-Commissäre Zell und Christ erkannt hatten. Und was sollte der zweite Theil des Welckerschen Amendements? Bezog derselbe sich auf die Einmischung der französischen Regierung, so enthielt er eine durch keine Thatsache ge-

rechtfertigte Verdächtigung der letzteren, er konnte dann in Frankreich nur böses Blut machen und zur Einmischung reizen; bezweckte er aber die Abweidung einzelner Fremder, welche für Deutschlands Freiheit und Einheit kämpfen wollten und ausländischer Anführer, so war er ein politischer Unsinn. Noch nie hat ein Volk, das sich seine Freiheit zu erkämpfen strebt, den Fremden die Aufnahme unter seine Streiter verweigert, oder tüchtige fremde Officiere verschmäht, wenn es ihm selbst an solchen mangelte. Man denke an Nordamerika, Griechenland und jetzt Ungarn und Italien. Sind nicht die größten Feldherren der Ungarn Polen und kämpfen nicht 8 Legionen Deutsche in ihren Reihen?

So haben die Doctrinaires geendet, diese von Selbstdünkel aufgeblähten Professoren Dahlmann und Genseken sammt ihren Nachretern und Kammerleuten, sie die nach geübener Kaiserwahl in einem großprahlrischen Artikel der deutschen Zeitung ausriefen: „Die Revolution ist glücklich von uns zu Ende geführt!“ während jeder Verständige einsehen mußte, daß sie nun erst begann. Nachdem sie blind und taub nur alles was um sie her vorging durch ihr hartnäckiges Festhalten an dem preussischen Erbkrönentum die Nationalversammlung mit ihrer Centralgewalt, mit den einzelnen deutschen Regierungen und mit dem größten Theile des Volkes verfeindet hatten, nahmen sie, unfähig den Dämon der Zwietracht wieder zu bannen, Reißaus, den Ereignissen die Gestaltung der deutschen Zukunft überlassend. Das waren die Maulhelden; ob Deutschland diese feigen Bedanten genugsam kennen gelernt hat?

(Fortsetzung folgt.)

Volksbewaffnung u. s. w.

(Von Th. Müther in Neuenburg.)

Nachstehenden Antrag stellte ich in der am 20. Mai d. J. zu Steinhäusen Statt gefundenen Volksversammlung.

„In Betracht, daß einige hochverrätherische Fürsten die von der gesetzgebenden Nationalversammlung beschlossene und publicirte Verfassung nicht anerkennen; sondern sich zur Wiederkaechtung unsers theuren Vaterlandes verschworen haben, und durch ihre Söldlinge Mord und Bürgerkrieg in die der Verfassung treuen Länder tragen;

In Betracht, daß Preußen durch den unbefugten Einmarsch in Sachsen den Reichsfrieden gebrochen und in offener Empörung gegen die gesetzmäßige Gewalt zu Frankfurt handelt;

in fernerer Erwägung, daß die Nationalversammlung beschloffen, diesem Reichsfriedensbruche Preußens durch alle zu Gebote stehenden Mittel entgegen zu treten*) und die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte deutsche Volk aufgefordert hat, die Verfassung des deutschen Volkes vom

*) Der eingeklammerte Satz enthält wörtlich den in letzter Zeit gefaßten Beschluß der Nationalversammlung.

D. Einf.

28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen;

in endlicher Erwägung, daß unsere Militärmacht zur Vertheidigung des Vaterlandes unzureichend und im Art. 48. Absch. 3. des Staatsgrundgesetzes zur Vertheidigung des Vaterlandes eine allgemeine Volksbewaffnung angeordnet ist; erklärt das versammelte Volk die von der gesetzgebenden Versammlung zu Frankfurt beschlossene Verfassung für das höchste endgültige Gesetz, eine Auflehnung gegen dasselbe für Anarchie und Hochverrath am deutschen Volk und erachtet es für eine heilige Bürgerpflicht, den anarchischen hochverrätherischen Bestrebungen der Fürsten und ihrer Camarilla mit den Waffen entgegen zu treten. Demnach beschließt das Volk, Angesichts der dem Vaterlande drohenden Gefahr: das Ministerium durch eine Deputation aufzufordern:

alle weisensfähige Männer vom 18. bis 50. Jahre, und zwar in zwei Aufgeböten vom 18. bis 30. und vom 30. bis 50. Jahre, zum Schutze der bedrohten Freiheit und Verfassung zu den Waffen zu rufen, das erste Aufgeböte, so wie sämmtliches disponibles Militär der Nationalversammlung zur Verfügung zu stellen, dem zweiten Aufgeböte aber den Schutz des Landes anzuvertrauen, zugleich auch die Organisation der Weiterei vorläufig einzustellen und die dafür bestimmten Gelder zur Organisation der Volksbewaffnung zu verwenden.“

Der Antrag wurde abgelehnt, weil er „übertriebene und dem Wortprunke huldigende Ausdrücke“ enthielt und „nicht in dem ruhigen besonnenen maßvollen Style, welcher jetzt Noth thut, abgefaßt sei“ — und es wurde eine Commission zur Entwurfung einer Witschrift an die Staatsregierung um Einführung einer Volksbewaffnung beantragt. Zur Commission wurden gewählt: die Herren Murken, Niebour und Kloster. Die Commission erledigte sich ihres Auftrages und legte eine Witschrift an die hohe Staatsregierung vor, in welcher, unter jubelnder und dankbarer Anerkennung des von der Regierung zur Anerkennung der Verfassung geschehenen Schrittes, dieselbe ersucht wird, in Anbetracht daß einige widerstrebende Regierungen die Reichsverfassung nicht anerkennen wollen, zum Schutze derselben aufs schleunigste die Organisation der Volksbewaffnung anzuordnen und deshalb ein vorläufiges Gesetz innerhalb 14 Tagen in Voraussicht der Zustimmung der Landesvertreter zu erlassen. Diese Witschrift wurde von der Mehrheit gut geheißen. Ich glaube nun, in meinem Antrage nur solcher Worte mich bedient zu haben, die die Sache beim rechten Namen nennen, nur solcher Worte, die ein ehrlicher Mann dem offen verrätherischen Treiben der Cabinetts gegenüber gebraucht, nur solcher Worte, deren sich die Nationalversammlung selbst bedient und die von einem Ende Deutschlands bis zum Andern anklingend wiederhallen, und die unserer Regierung, die es ja ehrlich mit der Durchführung der Reichsverfassung meint, wie man nach den von ihr gethanen Schritten annehmen muß, nur billigen kann. Indem ich nun dem Treiben der Fürsten den rechten Namen gab, glaube ich auch damit dem Volke den gesetzlichen Boden, auf welchem es steht, und den anarchischen

revolutionären Standpunkt, auf welchem die Fürsten dem Volke gegenüber stehen, zu bezeichnen, was gewiß nicht überflüssig ist, da die Gegenpartei es nicht verschmäht, den gerechten und gesetzlichen Kampf, der jetzt vom Volke gekämpft wird, als Anarchie und Hochverrath zu bezeichnen.

Aus diesen Gründen hielt ich es nicht allein für ehrlich, sondern auch für zweckmäßig, offen heraus das Ding beim rechten Namen zu nennen, denn in ganz Deutschland, mit Ausnahme der Mehrzahl der Steinhäuser Versammlung, wird Niemand das jetzige Treiben der Kaiser und Könige, das Verkünden des Belagerungszustandes, die Festschlösser, das Einäschern ganzer Städte, die Inquisitionen, kurz die ganze infernale, zügellose, anarchische Säbelwirthschaft, ein bloßes Widersprechen einiger Regierungen nennen.

(Schluß folgt.)

Ankunft der Königin von Griechenland.

(Donnerstag den 7. Mai.)

Heute war ein froher, ein festlicher Tag. Die Arbeit ruhte — Alles was gehen konnte war schon um 5 Uhr Nachmittags auf den Beinen, um die hier allgemein so sehr geliebte, so hoch geschätzte Königin von Griechenland, die Tochter unsers Landes, deren Ankunft heute bestimmt war, zu bewillkommen. Auf der Diernburg an der Bremer Straße waren alle Häuser bis zum Schloß mit Blumen und Kränzen geschmückt, auf der Gäßchen- und Dammbrücke standen grüne, laubige Ehrenpforten. — Gegen 8 Uhr kam die Königin. An der Gäßchenbrücke standen außer einer großen Menge Volks etwa ein Duzend kleiner Kinder in blau und weiß gekleidet; diesen rief ein vorausreitender hiesiger junger Offizier — es muß ein adeliger gewesen sein — aus vollem Halse zu: „Wollt Ihr Zeug auch reden?“ — worauf ihm das „Zeug“ — nemlich die dort anwesende ganze Menschenmasse — ein höhnendes „Ja!“ entgegenrief. — Die Königin ließ hier anhalten, neigte sich freundlich zu den Kindern hin und empfing von einem derselben ein Papier, worauf in blauer Schrift die Worte standen:

Griechenlands Königin,
Tochter unsers Landes,
Wir grüßen Dich,
Wir, deren Auge Dich
Zum erstenmale schaut.
Sei uns willkommen
Kleinen und Großen!

Die Königin dankte gerührt, indem sie das kleine Mädchen küßte und fuhr dann, links und rechts ihre, sie mit leuchtenden Blicken und klopfenden Herzen bewillkommenden, Landsteuten freundlich grüßend, langsam weiter. — Von der Dammbrücke bis an die Huntestraße hatte sich in zwei Spalieren die Schutzwehr Oldenburgs in voller Uniform und mit Waffen aufgestellt;

jedoch waren die Waffen, zum Zeichen friedlichen Vorhabens, mit Blumenkränzen geziert. Zuerst — wie immer — kamen die zierlichen Schützen, dann die schlichten, blaugefittelten Wehrmänner und zuletzt das hübsche, weißgefittelte Freiwilligen-Corps. Schon von halb 6 Uhr an stand er da, der Schuß von Oldenburg; es war ein großer, erhabener Anblick, doch größer und imposanter war der Anblick der beiden Commandeurs, die auf muthigen Rossen mit gezogener Klinge die Reihen auf und nieder trottirten. — Vor der Dammbrücke wurde die Königin von dem Magistrat und Stadtrath empfangen, sodann fuhr sie durch die Reihen der hier aufgestellten Schutzwehr, fortwährend nach beiden Seiten hin auf das freundlichste grüßend, über die Huntestraße, wo sich mehre Gewerke mit ihren Fahnen aufgestellt hatten, in ihr väterliches Schloß. Die ganze Schutzwehr mit ihren gut berittenen Commandeurs an der Spitze folgte bis ans Schloß, wo sie sich in Linie aufstellte und präsentirte, während „Heil dir o Oldenburg“ gespielt wurde. Später am Abend ist der Königin von einigen ausgesuchten Sängern des Sängerbundes ein Ständchen gebracht. — Nachdem die Königin sich dem Volke noch einmal auf dem Balcon gezeigt hatte, strömte die Menschenmasse dem Theater zu, wo Bosco, der Millionenkünstler, wie ihn Saphir nennt, seine vierte Vorstellung gab. Das Haus war wieder zum Gedrücken voll und der Beifall, welchen die, heute Alles übertreffenden Kunstproductionen Bosco's erhielten, war stürmisch. Den größten Triumph aber feierte Bosco am Sonntag Abend, wo er auf Einladung des Großherzogs, der ihn schon einigemal im Theater gesehen hatte, eine Vorstellung auf dem Schlosse gab. Zwei Stunden lang unterhielt er hier eine hohe Versammlung von etwa 36 Personen auf das angenehmste. Der Großherzog und die Königin von Griechenland, so wie der Erbprinz und die Herzogin, mit denen er häufig die Ehre hatte zu conversiren, waren fortwährend durch seine höchst überraschenden, das Reich der Möglichkeit scheinbar übersteigenden Leistungen in die heiterste Laune versetzt.

Das Pferdemarkt am 8. Juni

war flau; wenig fremde Käufer waren da. Auf dem Markte waren 3262 Pferde, wovon etwa ein Drittel verkauft wurde. Der höchste Preis eines Paars stieg nicht über 70 Louisd'or.

Repertoire des Tivoli-Theaters.

Mittwoch, den 13. Juni: „Die schöne Athenienserin.“ Lustsp. in 4 A. v. L. Feldmann. — Zum Schluß: Cachucha à la Fanny Elslor.

Freitag, den 15.: „Nur Hindernisse.“ Lustsp. in 1 A. v. W. Friedrich. Hierauf: „Eigenhinn!“ Lustsp. in 1 A. v. A. Benedic. — Zum Schluß: „Der grade Weg der beste.“ Lustsp. in 1 A. v. Kogebue.

Vorstellungstage sind regelmäßig: Sonntag, Montag, Mittwoch und Freitag.

Redacteur: Wilhelm Galberla. — Schnellpressendruck und Verlag von Gerhard Stalling in Oldenburg.



Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Wöchentlich erscheinen zwei Nummern in 1/2 Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VI. Jahrgang.

Freitag, den 15. Juni 1849.

N^o 48.

Volksbewaffnung u. s. w.

(Schluß.)

Was nun den übrigen Theil meines Antrages betrifft, auf Absendung einer Deputation und vorläufige Einstellung der Organisation der Reiterei und Verwendung der dafür bestimmten Gelder zur Organisation der Volksbewaffnung, so glaube ich, daß eine Deputation zweckmäßiger sei, als eine Bittschrift, franco eingefandt, und daß wir, da die Zeiten sich geändert und das jetzige Parlament den volksfeindlichen Beschluß der 2-procentigen Erhöhung der stehenden Heere nicht mehr gut heißen wird, diese Vermehrung auch in andern Ländern nicht geschehen ist, von diesem vom Jesuiten Radowiz durchgesetzten Beschluß, in Betracht der dem Vaterlande drohenden Gefahr und der großen Kosten vorläufig absehen, und nur dahin streben müssen, so rasch wie möglich das Volk zu bewaffnen, was nur geschehen kann, wenn alle entbehrliche Gelder dazu verwandt werden, und das stehende Heer verhältnismäßig, in Rücksicht auf die Volksbewaffnung, vermindert wird.

Ich überlasse es jetzt dem Unparteiischen, wohl aber zu merken, dem Unparteiischen, der nicht zu den Leisefortkriech-Menschen gehört, zu entscheiden, in wie fern mein Antrag unpraktisch, wortprunzig und extravagant war, und in wie fern der Correspondent in Nr. 21. des Vareler gemeinnützigen Unterhaltungsblatts Recht hat, wenn er am Schlusse seines Artikels sagt: „die Haltung der Versammlung war eine äußerst würdige und sowohl in den Beschlüssen als der Zurückweisung aller extravaganten, mehr dem Wortprunke als der Zweckmäßigkeit huldigenden, Vorschläge, wird Niemand das „reife Selbstbewußtsein (sic!) und den gefunden praktischen Sinn unserer Bevölkerung verkennen“. Meines Erachtens ist es eine gränzenlose Unverschämtheit, die Theilnahmlosigkeit, den Egoismus, die politische Lethargie

und Bewußtlosigkeit, in welche unser Volk versunken ist, für reifes (?) Selbstbewußtsein und gefunden praktischen Sinn auszugeben!!

Mir wurden in Frankfurt unter andern folgende Fragen vorgelegt:

Frage. Wie ist die Stimmung in Ihrem Lande?

Antwort. Gleichgültig, schläfrig, ruhig, gefesselt.

Frage. Von welchem Geiste sind die Führer des Volks befeelt?

Antwort. Die Führer sind glühende Anhänger der Freiheit, aber nur wenn sie in vertrauten Freundeskreisen sind; zum Volk sprechen sie immer sehr besonnen und ruhig und machen demselben begreiflich, daß es an und für sich ohnmächtig, aber stark sei, wenn es das Erreichbare, das Praktische zu erreichen strebe, jede Extravaganz, jedes über die Schnur hauen vermeide und treu an der Hoffnung halte, daß auf ruhig-gefehltem Fortgangewege ihm die Freiheit entgegenkomme und ihm den Schlaf aus den Augen wische.

Frage. Das sind wahrhaftig absonderliche Menschen, die statt dem Volke zu sagen: Volk, du kannst, wenn du willst, vertraue dir nur selbst, habe nur Muth! dem Volke gerade das Gegenteil sagen. Nach solcher Sachlage ist wohl an eine selbstständige Erhebung des Volks für die Reichsverfassung nicht zu denken.

Antwort. Das Volk glaubt einen gewissen gesunden praktischen Sinn zu besitzen und ist stolz auf diesen Sinn: es ist der Erfinder des höchst charakteristischen Sprüchwortes: Lügen Backafen kann man nich jähnen.

Frage. So ist von Ihrem Volkstamm wohl gar nichts zu erwarten?

Antwort. O ja, wenn's nur gefesselt betrieben wird.

Frage. Wie verstehen Sie das?

Antwort. Ich meine: das Volk muß durch ein Gesetz zur Freiheit commandirt werden, erst dann, wenn